

Bericht aus Berlin



DR. ASTRID MANNES

Für Sie im Bundestag.

März 2020

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Ereignisse überschlagen sich gerade. Wir haben inzwischen fast schon das Gefühl, ein Horrorfilm sei wahr geworden. Das Corona-Virus breitet sich auch in Europa in beängstigender Geschwindigkeit aus. Experten gehen davon aus, dass sich der Großteil der Bevölkerung infizieren wird. Jedoch sind die meisten durchs Corona-Virus ausgelösten Erkrankungen harmlos. Allerdings gibt es in rund 15 Prozent der Fälle auch schwerere Verläufe, die schlimmstenfalls auch zum Tode führen können. Daher sind wir alle angehalten, alles zu tun, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Nur dann wird unser Gesundheitssystem mit den Herausforderungen gut umgehen können.

Alle Versammlungen, auch private Veranstaltungen, sollten auf den Prüfstand kommen: Alles, was abgesagt oder verschoben werden kann, sollte auch abgesagt oder verschoben werden! Schließlich geht es um Menschenleben! Jeder Sozialkontakt, der unterbleiben kann, ist eine gute Tat an der Gesamtbevölkerung!

Meiden Sie Menschenansammlungen. Verzichten Sie bei der Begrüßung und Verabschiedung unbedingt auf den Händedruck! Greifen Sie sich mit den Händen nichts ins Gesicht! Waschen Sie sich oft und lange mit warmem Wasser die Hände. Desinfizieren Sie mit einem Desinfektionsspray die Griffe von Einkaufswagen, bevor sie diese anfassen bzw. waschen sich im Anschluss gut die Hände. Kaufen Sie größere Mengen ein und füllen Sie Ihre Vorräte gut auf, damit sie seltener einkaufen gehen müssen und gerüstet sind, falls auch Sie von jetzt auf gleich in Quarantäne müssen.

Vor allem Menschen in höherem Alter sowie mit Vorerkrankungen sollten Kontakte zu anderen Menschen auf das notwendige Minimum reduzieren.

Die Forschung an einem Impfstoff läuft auf Hochtouren. Die Impfstoffentwicklung ist sehr aufwändig. Zum Glück wird schon länger über Coronaviren geforscht. Somit ist solides Grundlagenwissen vorhanden, so dass wir hoffen, in rund einem Jahr einen Impfstoff für diese spezielle Form des Coronavirus auf dem Markt zu haben.

Auch wird derzeit erkundet, ob bestimmte Medikamente, die bereits gegen andere Krankheiten auf dem Markt sind, sich auch positiv auf die vom Corona-Virus ausgelösten Krankheitsverläufe auswirken.

Unsere Wirtschaft steht durch die Pandemie vor großen Herausforderungen. Viele Arbeitnehmer werden zwischenzeitlich ausfallen, Zulieferungen werden nicht erfolgen, Absätze einbrechen. Aber auch Fußball-Clubs, Theater, Museen, Kinos usw. haben Einnahmeausfälle.

Im Bundestag haben wir intensiv über die dramatische Situation beraten und etliche unterstützende Maßnahmen auch für betroffene Unternehmen beschlossen.

Auch der CDU-Parteitag wird nicht, wie geplant, im April stattfinden. Wann er stattfinden kann, ist noch unklar. Es haben sich drei Kandidaten für den Parteivorsitz beworben, von denen jeder viel politische Erfahrung und Kompetenz mitbringt. Jedem von ihnen dürfen wir zutrauen, der Aufgabe der Parteiführung gut gewachsen zu sein. Wichtig und für die Zukunft unserer Partei entscheidend ist, dass alle nach der Wahl des Parteivorsitzenden diese demokratische Wahl auch akzeptieren und sich geschlossen hinter dem neuen Parteivorsitzenden versammeln. Wir brauchen Geschlossenheit, um erfolgreich zu sein!

Bleiben Sie gesund!

Mit allen guten Wünschen

Arndt Z. Mannes

Maßnahmenpaket zum Schutz der Auswirkungen des Corona-Virus für Beschäftigte und Unternehmen

Die deutsche Wirtschaft ist zehn Jahre hintereinander gewachsen und angesichts der gesamtsstaatlichen Überschüsse in der Lage, die Konjunktur auch über einen längeren Zeitraum zu stützen. Die Folgen der Corona-Pandemie für Unternehmen und Beschäftigte sind dennoch schwer absehbar. Daher haben wir ein weitreichendes Maßnahmenpaket in Milliardenhöhe beschlossen, um Arbeitsplätze zu schützen und Unternehmen zu unterstützen. Dazu gehören u.a. Firmen und Betriebe mit ausreichend Liquidität auszustatten, ein flexiblerer Zugang zum Kurzarbeitergeld, kurzfristig wirksame steuerliche Erleichterungen für Unternehmen und dauerhaft höhere öffentliche Investitionen für den Wohnungsbau sowie für Digitalisierungs- und Verkehrsprojekte.



Foto: pixabay.com

All diese Maßnahmen gehen auf Vorarbeiten der CDU/CSU-Fraktion zurück und zeigen unsere Entschlossenheit, den Auswirkungen des Corona-Virus wirtschafts- und finanzpolitische Impulse entgegenzusetzen, um Schaden von Beschäftigten und Unternehmen fernzuhalten und die Auswirkungen der Krise abzufedern. Unsere Botschaft lautet, dass kein gesundes Unternehmen wegen Corona in die Insolvenz gehen und kein Arbeitsplatz verlorengehen darf!

Rechtsradikalismus und Hasskriminalität konsequent verfolgen



Foto: pixabay.com

Die Anschläge von Halle, Hanau und Volkmarßen bedrohen die Grundfesten unserer Gesellschaft. Menschverachtende Sprache und eine verrohte öffentliche Debatte zerstören unsere gemeinsamen Werte und unser friedliches Zusammenleben. Wir als Union stehen geschlossen mit allen Demokraten im Kampf gegen Rechtsradikalismus und grenzen uns klar und unmissverständlich von rechtsextremer Hetze und Gewalt ab.

Deshalb diskutierten wir in erster Lesung über die Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität. Darin sollen etwa Anbieter großer sozialer Netzwerke verpflichtet werden, dem Bundeskriminalamt strafbare Inhalte zu melden wie beispielsweise Fälle von Hasskriminalität im Netz, zum Beispiel Mord- oder Vergewaltigungsdrohungen und Volksverhetzungen, aber auch kinderpornografische Inhalte. Die unzureichende Einrichtung eines Meldesystems durch einen Anbieter soll dabei bußgeldbewehrt sein. Weitere Maßnahmen umfassen die Erweiterung von Straftatbeständen oder die Erhöhung des Strafraums für Bedrohungen auch im Internet.

Öffentliche Investitionen „auf die Straße“ bringen

Ein echter Durchbruch ist uns in Hinblick auf die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren gelungen. Die entscheidenden Vorarbeiten kamen auch hier wieder aus der CDU/CSU-Fraktion. Wir sind uns alle einig, dass erhöhte Investitionszusagen beispielsweise für den Ausbau von Mobilfunknetzen und Verkehrswegen nur im Verbund mit beschleunigten Planungs- und Genehmigungsverfahren umsetzbar sind. Daher beschließen wir bis Juli 2020 ein Investitionsbeschleunigungsgesetzes, damit Ersatzneubauten und große Schiene- und Wasserstraßenprojekte schneller realisiert werden.

Bundestag beschließt mehr Geld für Verkehrsprojekte der Kommunen

Der Deutsche Bundestag hat eine Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) beschlossen. Dadurch stehen den Kommunen künftig deutlich mehr Mittel für den Bau und Ausbau des schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs zur Verfügung.

Die Investitionsmittel für das GVFG-Bundesprogramm zur Förderung kommunaler ÖPNV-Vorhaben steigen ab 2021 auf eine Milliarde, ab 2025 auf zwei Milliarden Euro pro Jahr (Zum Vergleich: 2018 waren es 332,6 Mio Euro). Das ist ein konkreter Beitrag zum Klimaschutz. Ab 2026 soll dieser Betrag jährlich um 1,8 Prozent dynamisiert werden. Auch das Forschungsprogramm Stadtverkehr ist mit 4,167 Euro jährlich gut ausgestattet.

Damit unterstützt der Bund die Kommunen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur auf Rekordniveau und ermöglicht die Verkehrswende. Das sind gute Nachrichten für unsere Kommunen! Denn ohne diese Fördermittel könnten die meisten Kommunen Verkehrsprojekte gar nicht realisieren. Das entlastet auch die Stadt Darmstadt und die Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg spürbar. Besonders in Ballungsräumen wie dem Rhein-Main-Gebiet belasten Verkehrsprobleme die Menschen und sorgen für schlechte Luft. Ein Ausbau des ÖPNV ist gerade im Ballungsraum das Gebot der Stunde.



Foto: pixabay.com

Sichere Grenzen und humanitäre Verantwortung gehören zusammen

Deutschland hat in den vergangenen Jahren so vielen Menschen in Not geholfen und sie aufgenommen wie kein anderes Land in Europa. Das war nur möglich mit dem großartigen ehrenamtlichen Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger. Spätestens seit 2015 wissen wir aber auch, dass wir reguläre Zuwanderung steuern und begrenzen müssen, um unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt zu bewahren. Diese Balance zu finden zwischen sicheren Grenzen und unserer humanitären Verantwortung bleibt eine Daueraufgabe.

Wir haben daher beschlossen, Griechenland bei der schwierigen humanitären Lage der Flüchtlingskinder auf den griechischen Inseln zu unterstützen. Deutschland wird auf europäischer Ebene über die Aufnahme unbegleiteter oder erkrankter Kinder verhandeln, bei denen es sich überwiegend um Mädchen handelt. Damit wollen wir einen angemessenen humanitären Beitrag in dieser Krisensituation leisten.

Darüber hinaus werden wir in den kommenden Wochen weiterhin dafür sorgen, die europäischen Außengrenzen zu sichern. Dazu gehören vor allem die Stärkung der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex und die Zusammenarbeit mit wichtigen Herkunfts- und Transitländern. Die Türkei beherbergt mehrere Millionen Flüchtlinge. Deshalb ist und bleibt die Kooperation zwischen der EU und der Türkei bei Migrationsfragen im beiderseitigen Interesse. Wir stehen zu unserem Wort.

Gesetz zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung

Dieses Gesetz, das wir in erster Lesung beraten, hat zwei wesentliche Zielrichtungen, unter anderem zum Kurzarbeitergeld: Um auf die Auswirkungen der Coronapandemie in Deutschland gewappnet zu sein, wird die Bundesregierung die Voraussetzungen für den Bezug von Kurzarbeitergeld kurzfristig absenken. Dadurch können Betriebe das Kurzarbeitergeld nutzen, wenn 10 Prozent der Beschäftigten vom Arbeitsausfall betroffen sind (statt wie bisher ein Drittel). Zudem kann der Bezug von Kurzarbeitergeld auch im Bereich der Leiharbeit ermöglicht werden.

Den Strukturwandel hin zu einer emissionsarmen und digitalen Wirtschaft dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren. Das gilt in besonderem Maße für die Automobilindustrie, aber auch für andere Bereiche des verarbeitenden Gewerbes, für den Handel und bei den finanziellen Dienstleistungen.

Beschäftigte und Betriebe müssen bei der Transformation so gut wie möglich unterstützt werden, um die hohe Wertschöpfung und Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu erhalten. Von zentraler Bedeutung hierbei sind Weiterbildung und Qualifizierung der Beschäftigten. Der Gesetzentwurf enthält dazu Verbesserungen der Ausbildungsförderung von Beschäftigten auf der Grundlage der Regelungen aus dem Qualifizierungschancengesetz, die Schaffung eines Rechtsanspruchs auf Nachholen eines Berufsabschlusses sowie Änderungen bei der Zulassung von Maßnahmen bei der Arbeitsförderung und der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Bund unterstützt Pfungstädter Schwimmbad mit knapp drei Millionen Euro

Die Stadt Pfungstadt erhält 2,95 Millionen Euro Bundesmittel aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ für die Sanierung bzw. einen Ersatzneubau des Schwimmbades. Die Stadt Pfungstadt hatte sich bereits zuvor um Fördermittel des Bundes für das Schwimmbad beworben, war aber im Vorjahr nicht zum Zuge gekommen.

Da es dieses Jahr noch abzurufende Mittel gab, habe ich den Kontakt zum Pfungstädter Bürgermeister Patrick Koch gesucht, der mir bestätigte, dass für das Schwimmbad weiterhin Bundesmittel benötigt würden. Ich freue mich sehr, dass nun eine große Summe vom Bund ins Pfungstädter Schwimmbad fließt. Es ist wichtig, dass Kinder schwimmen lernen und die Vereine gute Trainingsmöglichkeiten haben. Zudem ist es gut, wenn die Menschen mit dem Schwimmen etwas für die Gesundheit tun. Auch sind Schwimmbäder Treffpunkte und gerne angenommene Freizeitangebote.

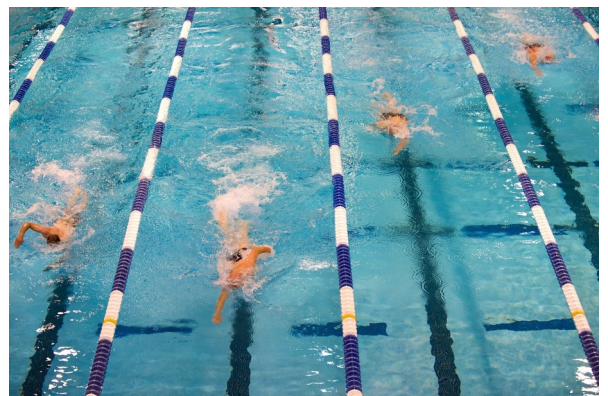


Foto: pixabay.com

Bund fördert Elektromobilität in Darmstadt mit knapp 5 Millionen Euro



Foto: pixabay.com

Die Stadt Darmstadt erhält für die Anschaffung und Umrüstung von Elektrofahrzeugen die Fördersumme von rund 4,9 Millionen Euro aus dem Sofortprogramm „Saubere Luft 2017-2020“ des Bundes. Angeschafft werden elektrisch betriebene Nutz- und Sonderfahrzeuge, unter anderem eine moderne Kehrmaschine. Zudem soll in die Umrüstung auf Elektromobilität investiert werden. Die Fördersumme der Stadt Darmstadt erhält der Eigenbetrieb für kommunale Aufgaben und Dienstleistungen (EAD), eine hundertprozentige Tochter der Stadt.

Dass die Stadt Darmstadt ihren Fuhrpark schneller auf Elektromobilität umstellen kann und so zur sauberen Luft beitragen wird, habe ich mit großer Freude erfahren. Die Förderung der Elektromobilität durch den

Bund ist ein elementarer Bestandteil, um die Klimaziele, die wir uns gesetzt haben, zu erreichen.

Aufruf zum Nationalen Lesepakt

Als Bildungspolitikerin schließe ich mich der Initiative der Allianz für den Nationalen Lesepakt an, die von der Stiftung Lesen initiiert wurde. Bildungspolitiker aller Ebenen, die Stiftung Lesen und Vertreter weiterer Initiativen zur Leseförderung, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, PEN, Bildungsverbände, Verlage, Bibliotheken, Sozialverbände usw. sollten sich an einen Tisch setzen und ein Gesamtkonzept entwickeln, damit die Lese- und Sprachkompetenz in Deutschland steigt.

Die Pisa-Studie 2018, deren Ergebnisse im letzten Jahr veröffentlicht wurden, hat uns den dringenden Handlungsbedarf im Bereich der Sprachförderung deutlich vor Augen geführt. Menschen ohne Basiskompetenzen sind für alle Lebensphasen schlecht aufgestellt. Ohne die elementare Kompetenz des Lesens zu beherrschen, wird man kaum weiteres Wissen aufbauen. Bei uns müssen alle Alarmglocken läuten, wenn ein Fünftel der Schüler es nicht schafft, einfachste Texte zu lesen und zu verstehen. Es besteht dringender Handlungsbedarf für eine nationale Lese-Strategie, mit der wir die gesamte Bildungskette, angefangen im vorschulischen Bereich, in den Blick nehmen und professionelle wie ehrenamtliche Initiativen miteinander verzahnen. Mit meiner Forderung weiß ich die Bundesbildungsministerin Anja Karliczek an meiner Seite.

Ich rufe die Bundesländer dazu auf, sich am Nationalen Lesepakt zu beteiligen und engagiert einzubringen. Nur, wenn jetzt alle an einem Strang ziehen, werden wir aus der Lesemisere herauskommen.

Ausgaben für Forschung und Entwicklung bei 3,1 Prozent des Brutto-Inlandsproduktes

Als ordentliches Mitglied im Ausschuss Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung bin ich stolz, dass nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2018 in Deutschland insgesamt 104,8 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung ausgegeben wurden. Der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag damit bei 3,1 Prozent. In den Jahren zuvor hatte der Anteil bei 2,9 Prozent gelegen. Damit hat Deutschland das in der Wachstumsstrategie für die Europäische Union „Europa 2020“ festgelegte Ziel eines Anteils von mindestens 3 Prozent am BIP für Forschung und Entwicklung bereits übertroffen. Die Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Sektoren: Der größte Teil entfiel mit 68,8 Prozent auf den Wirtschaftssektor, die außeruniversitären Forschungseinrichtungen hatten einen Anteil von 13,5 Prozent, die Hochschulen 17,7 Prozent. Im weltweiten Vergleich gehört Deutschland hinsichtlich der Ausgaben für Forschung und Entwicklung der Spitzengruppe an. Am meisten in diesem Bereich investieren Israel, Südkorea, Japan sowie die skandinavischen Staaten. (Quellen: Destatis, OECD)

Nach Debatte zur Organspende fordern drei Bundestagsabgeordnete der Regierungsparteien nun auch Verbesserungen bei der Stammzellspende ein



In einem gemeinsamen Brief an Bundesgesundheitsminister Jens Spahn fordern Esther Dilcher (SPD) und Stephan Pilsinger (CSU) und ich Verbesserungen bei der Stammzellspende (Knochenmarkspende).

Bei der Stammzellspende gibt es die gleiche Problematik wie bei der Organspende. Nicht alle an Blutkrebs erkrankten Patienten, deren Überlebenschance von einer Stammzellspende abhängen, finden einen passenden Spender. Je mehr Menschen sich typisieren und in die Spenderdatei aufnehmen lassen, desto höher ist die Chance für Betroffene, einen passenden Spender zu finden.

Daher soll nun im Zuge der beschlossenen Stärkung der Entscheidungsbereitschaft für eine Organspende auch verstärkt über die Stammzellspende aufgeklärt und geworben werden. Wir baten den Minister auch um Prüfung der Möglichkeit, bei Blutspendeaktionen die Typisierung für die Stammzellspende grundsätzlich aktiv mitzubewerben und anzubieten.

Jetzt müssen wir zusammenhalten!

Wir als Fraktion haben viele Projekte vor uns, die wir angehen und die wir derzeit beraten: Stärkung unseres Wirtschaftsstandorts, bessere Bedingungen für die Landwirte, Kohleausstieg, Strukturwandel in den betroffenen Regionen, Stärkung der Bundeswehr und der inneren Sicherheit, Nachmittagsbetreuung an Grundschulen. Die Menschen in Deutschland erwarten von uns in der Union Antworten für die Zukunft unseres Landes.

Doch für die CDU Deutschlands war, ist und bleibt klar: Die Sicherheit und die Gesundheit der Menschen in unserem Land haben höchste Priorität. So wurden dem Bundesministerium für Gesundheit bereits rund eine Milliarde Euro zur Bekämpfung des Corona-Virus zur Verfügung gestellt, u.a. zur Beschaffung von Schutzausrüstungen wie Masken und Schutzanzügen, zur Unterstützung der Weltgesundheitsorganisation WHO bei der internationalen Corona-Bekämpfung und zusätzliche Mittel für das Robert-Koch-Institut. Außerdem erhält das Bundesministerium für Bildung und Forschung 145 Mio. für die Entwicklung eines Impfstoffs und für Behandlungsmaßnahmen.

Die Politik kann das nicht alleine schaffen. Jede und jeder muss dafür sorgen, die Ausbreitung des Corona zu verlangsamen und die Zahl der Neuinfektionen gering zu halten. Denn je mehr Menschen infiziert sind, desto mehr schwere Verläufe wird es geben und desto größer wird die Gefahr, dass unser Gesundheitssystem an seine Grenzen stößt.

In diesem Sinne achten Sie bitte auf sich und bleiben Sie gesund.



Impressum

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Astrid Mannes MdB Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Fotos © Dr. Astrid Mannes, unsplash.com, pixabay.com

